



# Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine

Eine Sammlung bestehender Vorschläge und möglicher Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden

4. Auflage, Februar 2023



FRIEDENSGLOBUS AUF DEM UNABHÄNGIGKEITSPLATZ IN KIEW

Foto: Matt Shalvatis/CC BY-NC-SA 2.0

Der Krieg in der Ukraine verursacht Leid, Tod und Verwüstung. Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, kommen mehr Menschen ums Leben, werden körperlich verletzt oder psychisch traumatisiert.<sup>1</sup> Mit jedem Tag wächst das Risiko, dass sich der Krieg auf andere Staaten ausweitet oder zum Atomkrieg eskaliert. Das zeigte zuletzt der Raketeneinschlag in Polen. Und jeden Tag verstärkt sich die weltweite Hungersnot, die schon vor dem Ukrainekrieg cirka ein Zehntel der Weltbevölkerung betraf.<sup>2</sup> Jeder Kriegstag ist einer zu viel – der Krieg muss jetzt so schnell wie möglich beendet werden.

Im Oktober 2022 ist der Krieg in der Ukraine in eine neue Phase getreten: mit der Annexion von vier ukrainischen Gebieten

durch Russland, mit dem Raketenbeschuss ukrainischer Städte und der gezielten Zerstörung von ziviler Infrastruktur sowie zunehmenden Drohungen mit bzw. Warnungen vor einer nuklearen Eskalation. Mit dem Beschluss der Bundesregierung für die Lieferung von Leopard 2-Panzern erhöht sich das Eskalationsrisiko weiter und die Möglichkeiten von Verhandlungen werden noch mehr eingeschränkt. Wir sehen dieses Dilemma – und betrachten es angesichts des Risikos eines Atomkrieges weiterhin und umso dringlicher als unsere Aufgabe, nach Möglichkeiten für einen Waffenstillstand und Verhandlungen zu suchen und sie in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Es braucht einen Weg aus der militärischen Eskalationsspirale. Dafür sind ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen unumgänglich.

<sup>1</sup> Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte hat seit dem Einmarsch russischer Truppen am 24. Februar 2022 den Tod von mehr als 7.155 Zivilist\*innen in der Ukraine dokumentiert, mehr als 11.662 wurden verletzt (Stand Februar 2023). Der US-General Mark Milley schätzt dass auf beiden Seiten 100.000 Soldaten getötet oder verwundet werden. Diese Zahlen lassen sich nicht unabhängig überprüfen. Bis Anfang Januar 2023 sind laut Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats mehr als 14 Millionen Menschen aus der Ukraine und innerhalb des Landes geflohen.

<sup>2</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/un-un-warnen-vor-hungerwelle-hohe-kosten-durch-ukraine-krieg-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220608-99-595122>

## Inhalt

<b>I Überblick: über Abkommen, Verhandlungen und neue Verhandlungsinitiativen</b> .....	3
<b>II Überblick über diplomatische Lösungsvorschläge</b> ....	8
<b>III Bewegung in der Zivilbevölkerung</b> .....	13
<b>IV Forderungen der IPPNW</b> .....	16

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Die Verantwortung für den Krieg trägt die russische Regierung. Präsident Putin kommt die zentrale Verantwortung zu, die Kampfhandlungen umgehend einzustellen. Gleichzeitig erfordert es gemeinsames Handeln, den Krieg zu beenden und Frieden zu schaffen. Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor formulierte es so: „Die Welt hat eine Verantwortung, für Frieden zu sorgen“.<sup>3</sup> Doch trotz des unermesslichen Leids durch den Krieg finden derzeit keine direkten Verhandlungen zwischen der russischen und der ukrainischen Regierung statt. Unmittelbar nach dem Beschluss, Kampfpanzer in die Ukraine zu liefern, begann im westlichen Bündnis die Debatte über die nächste Eskalationsstufe, die Lieferung von Kampfflugzeugen. Am 24. Januar 2023 wurde die „Doomsdayclock“ der Organisation „Bulletin of Atomic Scientists“ auf 90 Sekunden vor Mitternacht gestellt. Russlands kaum verhüllte Drohungen, Atomwaffen einzusetzen, erinnern die Welt daran, dass eine Eskalation des Konflikts – durch einen Unfall, durch Absicht oder durch Fehlkalkulation ein furchtbares Risiko ist.“, so die Präsidentin der Organisation.<sup>4</sup>

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW sieht die Gefahr einer Eskalation zum Atomkrieg oder auch eines jahrelangen Zermürbungskrieges mit katastrophalen humanitären Folgen für die Menschen in der Ukraine und weltweit. Sie fordert verstärkte internationale Bemühungen für sofortige Verhandlungen und eine diplomatische Lösung.

Im Folgenden findet sich eine Sammlung von Vorschlägen und Möglichkeiten für einen Waffenstillstand sowie Wege zu einer Lösung der Konflikte zwischen Russland und der Ukraine bzw. Russland und der NATO. Dabei wird berücksichtigt, dass die Staaten der NATO durch die Osterweiterung eine Mitverantwortung für die seit den 90er-Jahren zunehmenden Spannungen zwischen Russland und der NATO tragen. Bedacht wird außerdem, dass die Verantwortung für die Zahl weiterer Opfer und die Gefahr einer atomaren Eskalation nicht allein einer Partei zufällt. Die Ideensammlung beinhaltet verschiedene Konzepte auf bilateraler, multilateraler, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Das Papier soll einen Beitrag zu einer konsequenten Suche nach friedlichen Mitteln zur Konflikttransformation leisten.<sup>5</sup> Es wird laufend aktualisiert und ergänzt.

Bei der Suche nach Waffenstillstand und Frieden sei es wichtig, einen Prozess und nicht ein Endresultat vor Augen zu haben. Darauf weist Wolfgang Sporrer hin, der zahlreiche Verhandlungen im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und der Europäischen Union (EU) begleitete.<sup>6</sup> „Einer der größten Fehler, der von Menschen gemacht wird, die für Waffenstillstand und Frieden eintreten, ist über mögliche Endresultate zu sprechen. Derjenige, der von potenziellen Endresultaten oder -kompromissen spricht, wird sofort so toxisch, dass er für mindestens eine der Parteien nicht mehr als akzeptabler Vermittler gilt. Alle denkbaren Endscenarien werden zu diesem Zeitpunkt zurückgewiesen werden.“, schreibt er. Deshalb sei es wichtig, einen Prozess vor Augen zu haben: kleine Schritte, die für beide Seiten hinnehmbar sind. So könne „eine Art von Vertrauen“ unter den Verhandlungsdelegationen hergestellt werden. Ein guter Mediator sage: „Das ist ein ergebnisoffener Prozess.“

In unserer Sammlung finden sich Friedenspläne mit detaillierten Empfehlungen, sie stammen aus dem 1. Halbjahr 2022, später hat sich die Diskussion darauf konzentriert, Vorschläge für den Einstieg in Gespräche zu machen und mögliche Mediator\*innen zu finden, teilweise stehen das Zeitfenster für Verhandlungen und die Kriegsdauer im Fokus.

Ausgeklammert werden in diesem Papier innenpolitische ukrainische Faktoren wie die verfassungsrechtliche Krise 2014, mit der Absetzung von Präsident Wiktor Janukowytsch und den nachfolgenden ukrainischen Entwicklungen. Nicht diskutiert werden können hier ebenso innenpolitische russische Faktoren wie die

3 [www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/g7-suedafrika-verlangt-diplomatische-loesung-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal-update/g7-suedafrika-verlangt-diplomatische-loesung-100.html)

4 <https://thebulletin.org/doomsday-clock/current-time>

5 <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>, 29. Juni 2022

6 <https://te.ma/art/x7yp78/verhandlungswege-frieden-sporrer-interview>

„Echter Frieden muss das Produkt vieler Nationen sein, die Summe vieler Taten. Er muss dynamisch und nicht statisch sein, sich mit den Herausforderungen verändern, um jeder neuen Generation gerecht zu werden. Denn Frieden ist ein Prozess – ein Weg, Probleme zu lösen.“ (John F. Kennedy, 1963)

langjährige Implementierung zunehmend autoritärer Strukturen: Eine Entwicklung, die sich seit dem Kriegsbeginn erheblich verschärft hat und auch unsere Arbeit als internationale Friedensorganisation mit Repräsentanz in Russland betrifft.

## I Überblick über Abkommen, Verhandlungen und neue Verhandlungsinitiativen

### Minsk II-Abkommen und „Normandie-Format“

Deutschland und Frankreich hatten 2014 zur Lösung des Krieges in der Ostukraine das sogenannte „Normandie-Format“ ins Leben gerufen. Die Vermittlungsrunden, bestehend aus jeweils einem\*einer Vertreter\*in aus der Ukraine, Russland, Deutschland und Frankreich, führten 2015 zur Unterzeichnung von Minsk II.

Das Abkommen wurde unter Teilnahme und Vermittlung der OSZE ausgehandelt, nachdem das Waffenstillstandsabkommen Minsk I gescheitert war. Nach einer einstimmigen Resolution des UNO-Sicherheitsrates trat Minsk II im Februar 2015 völkerrechtlich in Kraft.<sup>7</sup> Ausgehandelt wurde dieses Abkommen von Russland (Wladimir Putin), der Ukraine (Petro Poroschenko), Frankreich (François Hollande) und Deutschland (Angela Merkel). In dem Abkommen wurden zahlreiche Maßnahmen vereinbart zur Befriedung der Region Donezk und Luhansk wie z. B.:

- » Waffenstillstand und Abzug schwerer Waffen durch beide Seiten unter OSZE-Überwachung,
- » Freilassung und Austausch der Gefangenen, Begnadigungen und Amnestie,
- » sofortiger Beginn des Dialoges über die Modalitäten von Kommunalwahlen in Entsprechung mit der ukrainischen Gesetzgebung und dem ukrainischen Gesetz „Über die zeitweilige Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Luhansk“ und auf dieser Grundlage ebenso über den künftigen Status dieser Gebiete,
- » Wiederherstellung sozialer und wirtschaftlicher Verbindungen zwischen der Ostukraine und Kiew einschließlich des Bankensystems,

der Überweisungen von Zahlungen z.B. Sozialleistungen wie Rentenzahlungen,

- » Kontrolle über die Staatsgrenzen durch die ukrainische Regierung,
- » Abzug aller ausländischen bewaffneten Einheiten und ihrer Militärtechnik, ebenso von Söldnern vom Territorium der Ukraine unter Beobachtung der OSZE. Entwaffnung aller illegalen Gruppierungen,
- » Verfassungsreform, in der auch der Sonderstatus der Regionen Luhansk und Donezk und die Dezentralisierung der Ukraine verankert wird.

Vollständig umgesetzt wurde das Abkommen jedoch nie. Beide Seiten brachen immer wieder den Waffenstillstand. Nicolai Petro, Professor an der US-University Rhode Island, sieht die Rechts-extremen in der Ukraine und deren erfolgreiche Einschüchterung der ukrainischen Regierung als entscheidenden Faktor dafür, dass das Minsker Abkommen nicht umgesetzt wurde. Das Konzept der Regionalisierung sei den Nationalisten, dem nationalistischen Diskurs in der Ukraine zuwider gewesen.<sup>8</sup>

Bereits vor dem Krieg wies Wolodymyr Selenskyj im Dekret Nr. 117 vom 24. März 2021 die Regierung an, einen „Aktionsplan“ herauszuarbeiten, um den Donbass und die Krim wieder unter staatliche ukrainische Kontrolle zu bringen.<sup>9</sup> Im April 2021 meldete der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell, dass Russland „mehr als 150.000 Soldaten“ an der Grenze zur Ukraine und auf der annektierten Halbinsel Krim stationiert habe. Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte in einem ZEIT-Interview (Nr. 51/2022): „Das Minsker Abkommen 2014 war der Versuch, der Ukraine Zeit zu geben. Sie hat diese Zeit auch genutzt, um stärker zu werden, wie man heute sieht.“<sup>10</sup> Der ehemalige französische Präsident Hollande sagte wenig später, dass Minsk-II dazu dienen sollte, das Vorrücken der pro-russischen Donbass-Milizen aufzuhalten.<sup>11</sup>

Ende 2021, Anfang 2022 wurde unter Vermittlung Frankreichs erneut versucht, Vereinbarungen zu treffen, um das Minsker Ab-

7 Das Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015 im Wortlaut: <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/201881/dokumentation-das-minsker-abkommen-vom-12-februar-2015/>

8 <https://www.infosperber.ch/politik/welt/ukraine-rechtsextreme-verhinderten-autonomie-des-donbas/>

9 <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/332322/chronik-23-maerz-bis-25-april-2021/>

10 „Hatten Sie gedacht, ich komme mit Pferdeschwanz?“, Die Zeit, 08.12.2022

11 „Hollande: There will only be a way out of the conflict when Russia fails on the ground“, Kiew Independent, 28.12.2022

kommen einzuhalten. Sowohl der russische Präsident Putin als auch sein ukrainischer Amtskollege Selenskyj erklärten sich bereit, mit der Umsetzung zu beginnen.<sup>12</sup>

Im Februar 2022 scheiterte eine weitere Gesprächsrunde in diesem Format, da Russland eine gemeinsame Erklärung ablehnte. Streitpunkt war, wer in den betroffenen Gebieten Luhansk und Donezk für die Umsetzung des Minsk II-Abkommens der Ansprechpartner sein sollte. Die ukrainische Seite hatte sich geweigert, die Minsker Vereinbarung zu zitieren, wonach der künftige Status der Regionen Donezk und Luhansk nach dem Krieg in Konsultationen mit den Vertretenden der Bezirke geklärt werden sollte. Sie war nicht bereit, die demokratisch nicht legitimierten und von Russland eingesetzten Vertreter der betroffenen Regionen als Verhandlungspartner zu akzeptieren.

Ab 16. Februar 2022 vermeldete die OSZE-Mission eine starke Zunahme von Angriffen auf die Donbass-Republiken. Die Konfliktparteien gaben sich gegenseitig die Schuld an den Verstößen. Mit der Anerkennung der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk am 21. Februar 2022 schuf der russische Präsident Putin neue Tatsachen und brach endgültig mit den Vereinbarungen des Minsker Abkommens. Der anschließende Einmarsch Russlands in die Ukraine setzte dem Friedensprozess ein Ende.

## Russische Vertragsentwürfe zu Sicherheitsgarantien

Das russische Außenministerium hatte im Dezember 2021 vor dem völkerrechtswidrigen Einmarsch in die Ukraine Vertragsentwürfe für gegenseitige Sicherheitsgarantien zwischen Russland und der NATO sowie zwischen Russland und den USA vorgelegt. Das Ostinstitut Wismar veröffentlichte die russischen Vertragsentwürfe in einer inoffiziellen deutschen Übersetzung.<sup>13</sup> Die Vertragsentwürfe sind im Hinblick auf Verhandlungslösungen immer noch von großer Bedeutung, sie enthalten die zentralen Forderungen, über die aus russischer Sicht verhandelt werden muss. Das sind vor allem:

» Verzicht der NATO auf eine weitere Expansion nach Osten und auch auf Manöver in Nicht-Mitgliedstaaten, also u. a. in der Ukraine, im Südkaukasus und Zentralasien.

» Rückzug von westlichen NATO-Truppen aus den nach 1997 aufgenommenen Mitgliedsländern, entsprechend der NATO-Russland-Grundakte von 1997 über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit.

» Festlegung einer entmilitarisierten Zone auf beiden Seiten der Grenze, in denen keine Manöver mit mehr als einer Brigade durchgeführt werden dürfen.

» Keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa.

» Verbot der Stationierung von Atomwaffen außerhalb des eigenen Territoriums. Ein Passus, der sich auch gegen die „Nukleare Teilhabe“ in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Italien und der Türkei richtet, wo insgesamt etwa 100 Atombomben lagern, mit denen Ziele in Russland angegriffen werden können.

Sowohl die US-Regierung als auch die NATO wiesen diese Forderung zurück.<sup>14</sup> Laut Antwort der USA sei man jedoch bereit, eine dauerhafte Stationierung von Kampftruppen und bodengestützten Raketensystemen in der Ukraine auszuschließen – vorausgesetzt, Moskau gehe ebenfalls entsprechende Verpflichtungen ein.<sup>15</sup> Politikwissenschaftler\*innen zufolge hätte über die russischen Vertragsentwürfe verhandelt werden können. Russlands rote Linie sei ein NATO-Beitritt der Ukraine gewesen.<sup>16</sup>

## Zehn-Punkte-Plan von Istanbul

Die Financial Times berichtete am 16. März 2022, die ukrainischen und russischen Verhandlungsteams hätten „bedeutende Fortschritte bei einem vorläufigen Friedensplan“ gemacht, der einen Waffenstillstand und einen russischen Rückzug vorsah, „wenn Kiew seine Neutralität erklärt und eine Begrenzung seiner Streitkräfte akzeptiert“.<sup>17</sup> Diskutiert wurde ein mögliches Friedensabkommen, demzufolge die Ukraine ihre territoriale Integrität weitgehend bewahren und ihre Streitkräfte behalten könne, jedoch keine NATO-Mitgliedschaft mehr anstreben und keiner ausländischen Macht gestatten würde, Militärstützpunkte auf ihrem

<sup>12</sup> <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt#c68666>

<sup>13</sup> [https://www.ostinstitut.de/files/de/2021/Ostinstitut\\_Vertrag\\_zwischen\\_der\\_RF\\_und\\_den\\_USA\\_%C3%BCber\\_Sicherheitsgarantien\\_0L\\_2\\_2021.pdf](https://www.ostinstitut.de/files/de/2021/Ostinstitut_Vertrag_zwischen_der_RF_und_den_USA_%C3%BCber_Sicherheitsgarantien_0L_2_2021.pdf)

<sup>14</sup> [https://elpais.com/infografias/2022/02/respuesta\\_otan/respuesta\\_otan\\_eeuu.pdf](https://elpais.com/infografias/2022/02/respuesta_otan/respuesta_otan_eeuu.pdf)

<sup>15</sup> ebd. Gemeldet hatte das auch die Tagesschau (Artikel gelöscht): <https://web.archive.org/web/20220216145146/https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-russland-ukraine-elpais-101.html>

<sup>16</sup> <https://www.n-tv.de/politik/Traegt-der-Westen-eine-Mitschuld-an-Russlands-Krieg-article23208433.html>

<sup>17</sup> Ukraine and Russia explore neutrality plan in peace talks. Fifteen-point draft deal would involve Kyiv renouncing NATO ambitions in return for security guarantees, Financial Times, 16.3.2022

„Auch wenn es in der Erregung des Augenblicks illusorisch erscheinen mag, ist jetzt der Zeitpunkt, sich über die Schritte zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa Gedanken zu machen.“ (Friedensgutachten 2022)

Hoheitsgebiet zu errichten. Im Gegenzug sollten alle russischen Besatzungstruppen abziehen und die Ukraine Sicherheitsgarantien von Verbündeten wie den USA, Großbritannien und der Türkei zugesichert bekommen. Beispiele für eine Entmilitarisierung könnten Österreich und Schweden sein, so der Sprecher des Kremls Dimitri Peskow. Der Entwurf sah auch Zwischenlösungen für den Donbass und die Krim vor sowie die Verankerung von Rechten für die russische Sprache in der Ukraine.

Im Rahmen der russisch-ukrainischen Gespräche vom 29. März 2022 in Istanbul legte die ukrainische Delegation dann einen neuen schriftlichen Vorschlag für ein Sicherheitsgarantieabkommen vor. Medienberichten zufolge sei man in den Verhandlungen „nahe an eine (...) Einigung über Sicherheitsgarantien“ gekommen.<sup>18</sup>

Die zehn Punkte des ukrainischen Vorschlags lassen sich wie folgt zusammenfassen:

**Punkt 1:** Die Ukraine akzeptiert politische Neutralität. Im Gegenzug erhält sie eine völkerrechtliche Garantie zur Umsetzung des blockfreien und atomwaffenfreien Status. Mögliche Garantiestaaten könnten Russland, Großbritannien, China, USA, Frankreich, Türkei, Deutschland, Kanada, Italien, Polen und Israel sein.

**Punkt 2:** Die internationalen Sicherheitsgarantien der Ukraine im Rahmen des Vertrages gelten nicht für die Krim, Sewastopol und einzelne Gebiete des Donbass. Die Parteien müssen die Grenzen dieser Gebiete festlegen oder sich darauf einigen, dass jede Seite sie auf ihre eigene Weise versteht.

**Punkt 3:** Die Ukraine verpflichtet sich dazu, keinem Militärbündnis beizutreten, keine ausländischen Militärstützpunkte oder -kontingente zu stationieren und internationale Militärübungen nur mit Zustimmung der Garantenstaaten durchzuführen. Die Garantenstaaten sollen dabei ihre Absicht bekräftigen, die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU zu fördern.

**Punkt 4–6:** Hier wird skizziert, wie die Garantenstaaten im Fall eines bewaffneten Angriffs gegen die Ukraine vorzugehen haben, ähnlich wie es der Artikel 5 für die Beistandsverpflichtung der NATO vorsieht.

**Punkt 7:** Inkrafttreten des Vertrages nach einem gesamtukrainischen Referendum und der Verankerung in der ukrainischen Verfassung.

**Punkt 8:** Bestreben, offene Fragen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol innerhalb von 15 Jahren durch bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zu lösen. Vorschlag, vertraglich zu vereinbaren, die Fragen der Krim und Sewastopols nicht militärisch zu lösen, sondern die politischen und diplomatischen Bemühungen in dieser Frage fortzusetzen.

**Punkt 9:** Modalitäten für einen Waffenstillstand, den Rückzug der Truppen, humanitäre Korridore und den Austausch der Leichen sowie die Freilassung von Kriegsgefangenen.

**Punkt 10:** Persönliches Treffen des ukrainischen und russischen Präsidenten, um einen entsprechenden Vertrag zu unterzeichnen und politische Entscheidungen über die noch offenen Fragen zu treffen.<sup>19</sup>

Der weitere Kriegsverlauf mit den militärischen Erfolgen der Ukraine, den Zusagen westlicher Staaten für umfangreiche Waffenlieferungen und die Erwartung, dass die Ukraine siegen könnte, sowie das Bekanntwerden von Kriegsverbrechen trugen dazu bei, dass der Verhandlungsprozess zum Erliegen kam. Laut westlichen und ukrainischen Medienberichten sei zudem der Besuch des britischen Premierministers Boris Johnson bei Präsident Wolodymyr Selenskyj in Kiew am 9. April 2022 für den Abbruch der Verhandlungen mit Russland maßgeblich gewesen. Der britische Guardian schrieb am 28. April 2022, Boris Johnson habe vom ukrainischen Präsidenten verlangt, „keine Zugeständnisse an Putin zu machen“.<sup>20</sup>

Der damalige israelische Premierminister Naftali Bennett, der hinter den Kulissen intensiv an Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau gearbeitet hat, erklärte Anfang Februar 2023 in einem Videointerview, dass ein Waffenstillstand damals in greifbarer Nähe gewesen sei. Beide Seiten seien zu erheblichen Zugeständnissen bereit gewesen. Doch vor allem Großbritannien und die USA hätten den Prozess beendet und auf eine Fortsetzung des Krieges gesetzt.<sup>21</sup>

<sup>19</sup> <http://www.russland.news/der-10-punkte-plan-der-ukraine/>

<sup>20</sup> <https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/apr/28/liz-truss-ukraine-war-russia-conservative-power>

<sup>21</sup> <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/naftali-bennett-wollte-den-frieden-zwischen-ukraine-und-russland-wer-hat-blockiert-li.314871>

<sup>18</sup> <https://www.rnd.de/politik/ukraine-verhandlung-russland-zieht-erste-forderungen-zurueck-durchbruch-EVANOK5LRFD33C3XJVH2KRJBMA.html>



## Italiens Friedensplan

Im Mai 2022 legte der italienische Außenminister Luigi di Maio dem UN-Generalsekretär António Guterres einen Friedensplan in vier Schritten vor.<sup>22</sup> Dieser soll die UN, die EU und die OSZE in die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine einbinden. Unter der Aufsicht einer internationalen Vermittlungsgruppe solle ein vierstufiger Plan umgesetzt werden: Waffenstillstand, Neutralität der Ukraine, Lösung territorialer Fragen und ein europäischer und internationaler Sicherheitspakt. In jeder Etappe solle geprüft werden, ob sich die Parteien an ihre Verpflichtungen halten, damit der nächste Schritt eingeleitet werden kann.

**1. Schritt:** Verhandlung eines Waffenstillstands bei gleichzeitiger Entmilitarisierung der Frontlinien und der Einrichtung internationaler Kontrollmechanismen.

**2. Schritt:** Friedenskonferenz über die Einrichtung des neutralen Status der Ukraine, der mit internationalen Verträgen im Sinne einer Schutzgarantie abzusichern ist.

**3. Schritt:** Bilaterales Abkommen zwischen Russland und der Ukraine über den Status der umkämpften ukrainischen Gebiete. Weitgehende Autonomie der Krim und Gebiete des Donbass in den nationalen Grenzen der Ukraine. Klärung der Fragen des freien Zugangs, des freien Handels und des Zahlungsverkehrs sowie kultureller und sprachlicher Rechte.

**4. Schritt:** Verhandlung eines multilateralen Abkommens unter Führung der OSZE über einen europäischen Sicherheitspakt, der auch die Beziehungen zwischen der EU und Russland regelt. Inhalte dieses Vertrages wären internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle, Sicherheitsgarantien, Konfliktprävention sowie der Abzug der russischen Truppen aus den besetzten ukrainischen Gebieten. Im Rahmen dieser Maßnahmen könnten die Sanktionen gegen Russland Schritt für Schritt zurückgenommen werden.

## Internationale Arbeitsgruppe im Vatikan

Auf Einladung des Vatikans erarbeitete eine internationale Arbeitsgruppe um den US-amerikanischen Ökonomen Sachs im Juni 2022 Lösungen für einen „gerechten und dauerhaften Frieden in der Ukraine“.<sup>23</sup>

In der abschließenden Erklärung heißt es: „Der Krieg in der Ukraine wird sich wahrscheinlich zu einem Zermübungskrieg entwickeln und statt als offener Sieg einer Seite über die andere als eingefrorener Konflikt oder als ausgehandelter Frieden enden. Ein ausgehandelter Frieden wäre ein besseres Ergebnis als die Opfer eines Zermübungskriegs und eines eingefrorenen Konflikts sowohl für die Völker als auch für die Regierungen der Ukraine, Russlands, der USA und der EU und des Rests der Welt.“

Der Zehn-Punkte-Plan von Istanbul könne laut der Arbeitsgruppe als Basis für ein mögliches Friedensabkommen genutzt werden. Auch der vierstufige italienische Friedensplan sei dafür geeignet.

Die Arbeitsgruppe schlägt folgende Vorgehensweise vor:

- » Neutralität der Ukraine.
- » Sicherheitsgarantien für Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine durch die fünf ständigen Mitglieder der Vereinten Nationen (P5: China, Frankreich, Russland, Großbritannien und Vereinigte Staaten) sowie der EU und der Türkei.
- » Russische De-facto-Kontrolle der Krim für einen Zeitraum von mehreren Jahren – danach würden die Parteien auf diplomatischem Weg eine dauerhafte De-jure-Lösung<sup>24</sup> anstreben.
- » Autonomie der Regionen Luhansk und Donezk innerhalb der Ukraine, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte einschließen könnte.
- » Garantierter wirtschaftlicher Zugang sowohl der Ukraine als auch Russlands zu den Schwarzmeerhäfen beider Länder.
- » Die schrittweise Aufhebung der westlichen Sanktionen gegen Russland verknüpft mit dem Rückzug des russischen Militärs gemäß dem Abkommen.
- » Einen multilateralen Fonds für Wiederaufbau und Entwicklung der vom Krieg gezeichneten Regionen der Ukraine – an dem auch Russland beteiligt ist – und sofortigen Zugang für humanitäre Hilfe.
- » Eine Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Bereitstellung internationaler Überwachungsmechanismen zur Unterstützung des Friedensabkommens.

22 [https://www.repubblica.it/politica/2022/05/19/news/piano\\_pace\\_governo\\_italiano\\_4\\_tappe-350167027/](https://www.repubblica.it/politica/2022/05/19/news/piano_pace_governo_italiano_4_tappe-350167027/)

23 <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/285535/erreichen-eines->

[gerechten-und-dauerhaften-friedens-in-der-ukraine-deutsch.pdf](#)

24 „de jure“: der formellen Rechtslage zufolge

## Mexikanischer Vorschlag für eine Diplomatie-Kommission

Marcelo Ebrard Casaubon, mexikanische Außenminister, schlug auf der 77. UN-Vollversammlung im September 2022 vor, die Vermittlungsbemühungen von UN-Generalsekretär António Guterres zu stärken und die Lähmung des UN-Sicherheitsrats zu überwinden durch die Bildung einer Kommission mit hochrangigen internationalen Persönlichkeiten wie z. B. dem indischen Premierminister Narendra Modi und Papst Franziskus, die mit den Regierungsspitzen der Ukraine und der Russischen Föderation verhandelt. Mexiko sei bereit, einen diplomatischen Kanal zu den Konfliktparteien zu öffnen, um diese Verhandlungen zu ermöglichen.<sup>25</sup> Mehrere lateinamerikanische Länder wollen Mexikos Vorschlag unterstützen. Als einer der ersten Staats- und Regierungschefs der Region hatte der kolumbianische Präsident Gustavo Petro am 21. September 2022 erklärt: „Ich lade auch Europa ein, über Frieden zu sprechen.“<sup>26</sup>

## Afrikanische Union fordert Mediationsmission

Mehrere Regierungschefs aus dem Globalen Süden haben auf der UN-Generalversammlung im September 2022 auf Verhandlungen gedrängt. Macky Sall, Präsident Senegals und Vorsitzender der Afrikanischen Union, ruft dazu auf, eine Verhandlungslösung für den Ukrainekrieg anzustreben und dazu eine „Mediationsmission“ zu initiieren.<sup>27</sup>

## Ukrainischer Vorschlag für Friedensgipfel

Die ukrainische Regierung hat Ende Dezember 2022 erklärt, bis Ende Februar 2023 in einer international besetzten Konferenz über Möglichkeiten für einen Frieden nach einem Jahr Krieg in der Ukraine beraten zu wollen. Der Gipfel sollte nach Möglichkeit in der UN-Zentrale in New York stattfinden, so Außenminister Dmytro Kuleba. UN-Generalsekretär António Guterres könne als Vermittler fungieren. Ehe die Ukraine direkt mit Russland verhandele, müsse die Führung in Moskau sich für Kriegsverbrechen verantworten, etwa vor einem internationalen Tribunal.<sup>28</sup>

## Henry Kissinger legt Friedensplan für Ukraine vor

Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger hat Mitte Januar 2023 für Friedensgespräche plädiert. Grundlage solle der Frontverlauf vor dem russischen Großangriff vor einem Jahr sein. Europa und die USA sollten die Ukraine weiter militärisch unterstützen, bis im Land der Status quo zu Kriegsbeginn wiederhergestellt sei. Konkret bedeute das, dass die Front entlang der Linie im Donbass eingefroren werden solle, an der sich ukrainische Truppen und von Moskau gesteuerte Rebellen vor dem russischen Großangriff am 24. Februar vergangenen Jahres gegenüberstanden.<sup>29</sup>

## Friedensinitiative von Lula da Silva

Der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat am 1. Februar 2023 eine Vermittlungsinitiative Brasiliens und Chinas für eine Beendigung des Ukrainekriegs vorgeschlagen.

„Es ist notwendig, eine Gruppe von Ländern zu bilden, die stark genug ist und respektiert wird, um sich mit den beiden an einem Verhandlungstisch zusammensetzen.“, sagte Lula in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz in der brasilianischen Hauptstadt Brasília. „Brasilien ist ein Land des Friedens. Und deswegen will Brasilien keinerlei Beteiligung an diesem Krieg, auch nicht indirekt.“, so Lula.<sup>30</sup>

Auf seinem ersten Amtsbesuch in Washington Anfang Februar 2023 sprach Präsident Lula ausführlich mit US-Präsident Biden über das Thema und sagte, dass er sich für eine Vermittlungsinitiative zur Verfügung stelle. Zugleich erteilte er den USA eine Absage für eine Beteiligung an Waffenlieferungen an die Ukraine. Im März will er auf seiner China-Reise mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping darüber ins Gespräch kommen.<sup>31</sup>

25 <https://gadebate.un.org/en/77/mexico>, <https://economictimes.indiatimes.com/news/international/world-news/mexico-wants-un-panel-including-secretary-general-guterres-pope-pm-modi-borker-peace-between-russia-ukraine/articleshow/94385630.cms>

26 <https://www.jungewelt.de/artikel/435316.ruf-nach-diplomatie.html>

27 <https://gadebate.un.org/en/77/senegal>

28 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/friedensgipfel-kuleba-debatte-ukraine-krieg-russland-100.html>

29 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/weltwirtschaftsforum-davos-henry-kissinger-skizziert-friedensplan-fuer-ukraine/28929192.html>

30 <https://www.n-tv.de/politik/Ukraine-Krieg-Brasilianischer-Praesident-Lula-will-gemeinsam-mit-Xi-vermitteln-article23881189.html>

31 <https://www.nytimes.com/2023/02/10/world/europe/brazil-lula-weapons-ukraine.html>

## Gefangenenaustausch zwischen Ukraine und Russland

Seit Beginn des Krieges gab es mehrfach einen Gefangenenaustausch zwischen den beiden Kriegsparteien. Der letzte Austausch, über den am 4. Februar 2023 berichtet wurde, kam durch die Vermittlung der Vereinigten Arabischen Emirate zustande. Auch die Türkei spielte eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen. 116 ukrainische Gefangene und 63 russische Gefangene kamen wieder frei.<sup>32</sup>

## II Überblick über diplomatische Lösungsvorschläge

Im Folgenden tragen wir Beschlüsse der UN-Generalversammlung zum Ukrainekrieg sowie ausgewählte Stimmen aus der deutschen Friedensforschung und Zivilgesellschaft zusammen, die für Diplomatie und Verhandlungen plädieren.

### Beschluss der UN-Generalversammlung vom 2. März 2022

Nachdem eine Verurteilung von Russland im Sicherheitsrat aufgrund der russischen Vetomacht gescheitert war, tagte am 2. März 2022 die UN-Generalversammlung. Die Resolution<sup>33</sup> zur Verurteilung des russischen Angriffskrieges wurde mit einer großen Mehrheit von 141 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 35 Enthaltungen angenommen. Die UN-Generalversammlung fordert darin „nachdrücklich die sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel“ (UNGA 2022) (Punkt 14). Die Friedensforscherin Hanne-Margret Birckenbach macht in einem Artikel für das Friedensforum<sup>34</sup> darauf aufmerksam, dass Zwangsmittel wie Sanktionen oder auch Waffenlieferungen laut UN-Charta nicht zu den friedlichen Mitteln gehören. „Für Aktionen außerhalb der friedlichen Mittel, die von den westlichen Staaten in Form von Sanktionen und Aufrüstung praktiziert werden, gibt es in der Generalversammlung keine Mehrheit.“, so Birckenbach.

<sup>32</sup> <https://www.friedenskooperative.de/ukraine-verhandlungen-sind-moeglich>

<sup>33</sup> [www.aljazeera.com/news/2022/3/3/unga-resolution-against-ukraine-invasion-full-text](http://www.aljazeera.com/news/2022/3/3/unga-resolution-against-ukraine-invasion-full-text)

<sup>34</sup> „Verhandlungen zur Kriegsbeendigung“, Artikel im Friedensforum 09/2022

### Resolution der UN-Generalversammlung vom 12. Oktober 2022

Die UN-Vollversammlung hat die Annexionen Russlands in der Ukraine am 12. Oktober 2022 mit großer Mehrheit verurteilt. 143 der 193 Mitgliedsstaaten stimmten für eine entsprechende Resolution – fünf Länder votierten dagegen, 35 enthielten sich. Die Resolution erklärt die Annexion für ungültig. Zudem wird die Russische Föderation aufgefordert, die Eingliederung der teils besetzten Regionen Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson rückgängig zu machen. In Punkt 7 der Resolution werden die Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen, einschließlich der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und anderer internationaler und regionaler Organisationen, aufgefordert, eine Deeskalation der derzeitigen Situation und eine friedliche Beilegung des Konflikts durch politischen Dialog, Verhandlungen, Vermittlung und andere friedliche Mittel zu unterstützen, unter Achtung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und im Einklang mit den Grundsätzen der Charta.<sup>35</sup>

### Deutsche Friedensforschungsinstitute

Auch der stellvertretende Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik in Hamburg, Wolfgang Zellner, betont in seinen Forderungen nach Verhandlungen die Rolle der Vereinten Nationen. Darüber hinaus schlägt er die Türkei als Vermittler vor. So hatte die Türkei bereits als Gastgeber für russisch-ukrainische Verhandlungen fungiert. Als NATO-Mitglied beteilige sie sich zudem nicht an den Sanktionen und halte den Luftraum für russische Flugzeuge offen. Auch an den Verhandlungen über einen Transportkorridor für Getreide aus der Ukraine durch das Schwarze Meer ist die Türkei beteiligt.

Nach einer langen Blockade der ukrainischen Häfen haben sich die Ukraine und Russland im Juli 2022 unter Vermittlung der Türkei auf ein Abkommen geeinigt, das den Weg zur Freigabe von dringend benötigtem Getreide und anderen Agrarprodukten aus ukrainischen Häfen ebnet. Mit der Vereinbarung ist es auch Russland trotz Sanktionen erlaubt, Getreide und Düngemittel auszuführen. Guterres bezeichnete das Abkommen vom 22. Juli 2022 als einen „Hoffnungsschimmer“ und eine „kollektive Errungenschaft“ des neu gegründeten Gemeinsamen Koordinierungszentrums, das unter der Schirmherrschaft der UN in Istanbul eingerichtet wurde.

<sup>35</sup> <https://www.un.org/Depts/german/gv-notsondert/ares-es-11-4.pdf>



Dr. Anne Holper und Prof. Dr. Lars Kirchhoff, Leiter des Center for Peace Mediation an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt, kritisieren, dass Waffenlieferungen und Verhandlungen als Entweder-oder-Frage behandelt werden. Das führe dazu, dass der notwendige öffentliche und parlamentarische Druck für eine „international abgestimmte, multilateral getragene Vermittlungsinitiative“ bislang ausgeblieben sei. Es sei allerdings notwendig, bereits jetzt ein umfassendes Verhandlungspaket vorzubereiten. Wenn es zu einer militärischen Pattsituation kommen sollte, würde sich ein günstiges Zeitfenster für Verhandlungen öffnen. Wann das Zeitfenster aufgehe, sei schwer vorherzusagen, die Vermittlungsinitiative müsse dann aber schnell einsatzbereit sein.

Es wäre jetzt vor allem wichtig, dass Russland und die USA miteinander sprechen würden, weil beide Nuklearmächte „einen Korridor für Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine schaffen könnten“, so die Friedensforscherin Nicole Deitelhoff im Oktober 2022<sup>36</sup>. Es gehe zunächst darum, überhaupt Gespräche anzustoßen, wenn auch noch keine Verhandlungen. Vor diesem Hintergrund wird von verschiedenen Expert\*innen über ein „Einfrieren“ des Krieges nachgedacht. Allerdings zeige die Erfahrung, dass eingefrorene Kriege schnell wieder zu einem gewaltsamen Konflikt eskalieren können. Es sei deshalb ein internationaler Vermittlungsprozess notwendig, der konsequent die Verhandlungen und Regelungen der strittigen Fragen gewährleiste.<sup>37</sup>

Vor einem „Atomkrieg aus Versehen“ warnten im Juni 2022 die Mitglieder der Gesellschaft für Informatik.<sup>38</sup> Sie empfahlen, Maßnahmen zu vermeiden, die das Atomkriegsrisiko erhöhen sowie Kommunikationskanäle zwischen politischen und militärischen Entscheidungsträger\*innen zu erhalten, zu verbessern und falls nicht mehr vorhanden, wieder aufzubauen. Auch die „Deep Cuts Commission“ fordert Russland, die USA und die NATO-Länder auf, jetzt konkrete Schritte für Rüstungskontrolle, Transparenz und Risikominderung hinsichtlich der nuklearen Bedrohung zu unternehmen.<sup>39</sup>

## Friedenschancen nach Friedrich Glasl

In Zeiten einer erhöhten Spannung dürfe die direkte Kommunikation zwischen den Konfliktparteien niemals verlassen werden, so Friedensforscher Prof. Friedrich Glasl. Bei indirekter Kommunikation bestehe die Gefahr, dass die Eskalation durch Fehlerquellen, Verzerrungen, Missverständnisse und Unterstellungen vorangetrieben werde. Zudem sei es wichtig, dass neutrale und bündnisfreie Staaten auf die möglichen Schäden einer weiteren Eskalation des Ukrainekrieges bis hin zum Atomkrieg hinweisen.

Vor einem „Atomkrieg aus Versehen“ hatten im Juni 2022 auch die Mitglieder der Gesellschaft für Informatik gewarnt.<sup>40</sup> Sie empfahlen, Maßnahmen zu vermeiden, die das Atomkriegsrisiko erhöhen sowie Kommunikationskanäle zwischen politischen und militärischen Entscheidungsträger\*innen zu erhalten, zu verbessern und falls nicht mehr vorhanden, wieder aufzubauen. Auch die „Deep Cuts Commission“ fordert Russland, die USA und die NATO-Länder auf, jetzt konkrete Schritte für Rüstungskontrolle, Transparenz und Risikominderung hinsichtlich der nuklearen Bedrohung zu unternehmen.<sup>41</sup>

Glasl erklärt zudem, dass affektgetriebene Rüstungsreflexe keinerlei abschreckende oder deeskalierende Wirkung hätten. Im Gegenteil: „In den letzten 150 Jahren hat sich gezeigt, dass ein Wettrüsten – entgegen seinem erklärten Zweck – keine Kriege verhindert, sondern diese paradoxerweise sogar produziert und intensiviert.“<sup>42</sup> Um aus dem Teufelskreis des Rüstungsreflexes auszubrechen, seien Initiativen zu deeskalierenden Aktionen notwendig. Durch deeskalierende Vorleistungen könne die Bereitschaft deutlich gemacht werden, die entstandenen Spannungen ernsthaft reduzieren zu wollen (GRIT-Methode<sup>43</sup>).<sup>44</sup>

Nach Glasl entwickelt sich die Eskalation von Konflikten in drei Hauptphasen („win-win“, „win-lose“, „lose-lose“) und insgesamt neun Stufen (Stufe 9: „Gemeinsam in den Abgrund“). Bis zur Stufe 7 („Begrenzte Vernichtungsschläge“) sei eine Vermittlung/Mediation möglich, bis zur Stufe 8 („Zersplitterung“) ein Schiedsgerichtsverfahren. Auf der Stufe 9 sei die Lösung des Konfliktes ohne Eingreifen von außen nicht mehr möglich.

36 <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/friedensforscherin-deitelhoff-nukleare-gross-maechte-kapitulieren-nicht-18410186.html?premium=0xac5ef761f6c64482a37865b6e9e526dd&GEPC=s5>

37 <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/sechs-monate-ukraine-krieg-aus-der-sicht-der-eskalationsforschung>

38 <https://gi.de/meldung/offener-brief-gi-mitglieder-warnen-vor-atomkrieg-aus-versehen>

39 [https://deepcuts.org/images/PDF/Statement\\_Deep\\_Cuts\\_Commission\\_Ukraine.pdf](https://deepcuts.org/images/PDF/Statement_Deep_Cuts_Commission_Ukraine.pdf)

40 <https://gi.de/meldung/offener-brief-gi-mitglieder-warnen-vor-atomkrieg-aus-versehen>

41 [https://deepcuts.org/images/PDF/Statement\\_Deep\\_Cuts\\_Commission\\_Ukraine.pdf](https://deepcuts.org/images/PDF/Statement_Deep_Cuts_Commission_Ukraine.pdf)

42 [https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk\\_downloads/Glasl\\_fertig.PDF](https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/Glasl_fertig.PDF)

43 GRIT: „Graduated and Reciprocated Initiatives in Tension Reduction“, eine psychologisch begründete Strategie zur Deeskalation internationaler Konflikte.

44 ebd.

## Friedensgutachten 2022

Die vier führenden deutschen Friedens- und Konfliktforschungsinstitute empfehlen in ihrem Friedensgutachten 2022<sup>45</sup>, Russland zu einer Verhandlungslösung zu bewegen: „Anstatt auf eine militärische Niederlage Russlands zu setzen oder gar den Sturz des Putin-Regimes zu propagieren, sollte Russland mittels Sanktionen und militärischer Unterstützung der Ukraine zu einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts bewegt werden.“ Das Ziel solle gleichzeitig sein, „diplomatische Auswege aus dem Krieg aufzuzeigen, sodass sich die russische Führung zu Verhandlungen bereitfindet.“

Das Friedensgutachten hält die Entscheidung der Bundesregierung zur Lieferung schwerer Waffen für „nachvollziehbar“, es empfiehlt sie allerdings nicht. Die Friedensforscher\*innen betonen: „(Es) muss im zeitlichen Verlauf und entsprechend des Kontexts kontinuierlich überprüft werden, inwiefern Waffenlieferungen in die Ukraine sinnvoll und nicht kontraproduktiv sind. Die Unterstützung der Ukraine bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität ist zentral, doch zugleich gilt der Imperativ, die Gefahr einer nuklearen Konfrontation, eine weitere Ausweitung des Krieges und nachfolgend auch die Proliferation der gelieferten Waffen in andere Konfliktregionen zu vermeiden.“

Um das Risiko einer nuklearen Eskalation zu verringern, solle die NATO öffentlich einen Verzicht auf den nuklearen Erstschlag erklären. Die Atomwaffenbestände seien auf dem aktuellen Niveau einzufrieren. An anderer Stelle heißt es: „Deutschland sollte erklären, sich an keinem Ersteinsatz von Kernwaffen zu beteiligen und bei den Kernwaffenstaaten dafür werben, entsprechende „No-First-Use“-Erklärungen abzugeben.“<sup>46</sup> Im Gutachten heißt es weiter: „Eine dauerhaft friedliche Welt ist nur durch langfristige Abrüstung von Kernwaffen zu erreichen. Der Bundesregierung kommt eine besondere Rolle als Brückenbauerin zu: zwischen Mitgliedern des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV) und des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV), zwischen Kernwaffenstaaten und Nichtkernwaffenstaaten sowie innerhalb der EU und der NATO.“

Selbst „wenn es in der Erregung des Augenblicks illusorisch erscheinen mag“, sei bereits heute für die Zeit nach dem Krieg zu

planen und Strategien zu einer neuen Friedens- und Sicherheitsordnung zu entwickeln, so das Fazit.

## Friedenslogik

Die Friedenslogik versucht, vom Ziel des Friedens her zu denken. Friedenslogische Positionen im Ukrainekrieg hat die AG Friedenslogik der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung am 11. Mai 2022 erarbeitet.<sup>47</sup> Die Autor\*innen empfehlen: Alles dafür zu tun, um (1.) die Gewalt zu beenden, (2.) den Konflikt zu deeskalieren und konstruktiv zu transformieren, (3.) Opfer zu schützen und Leid zu mildern, (4.) Völkerrecht und Menschenrechte zu stärken und (5.) Selbstreflexion und Empathie zu fördern. Dazu hätten alle Beteiligten sich nicht nur von einseitigen, gewaltorientierten Durchsetzungsstrategien zu verabschieden, sondern auch an ihren Dominanzansprüchen bzw. Maximalforderungen Abstriche zu machen: Das betreffe beispielsweise bei der NATO das Selbstverständnis als Hegemonialakteur, bei Russland die imperialen Ambitionen in seiner Nachbarschaft und bei der Ukraine den strammen NATO-Integrationskurs. Dass Kiew im Kontext der Istanbul Verhandlungen Ende März einen Neutralitätsstatus, wenn auch mit Sicherheitsgarantien versehen, ins Spiel gebracht habe, weise in die richtige Richtung.

## Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Die OSZE<sup>48</sup> ist die einzige sicherheitspolitische Organisation, in der Russland, Nordamerika und die europäischen Länder gemeinsam vertreten sind. Seit Beginn des Konflikts hat die Organisation immer wieder ihre Bereitschaft verkündet, als Plattform für eine Lösung zur Verfügung zu stehen.

So könnten vertrauensbildende Maßnahmen wie die Beobachtungsmission der OSZE von Manövern oder Militärgerät zukünftig wieder eingesetzt werden. Laut dem italienischen Friedensplan könne zudem ein neues multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in Europa im Rahmen der OSZE verhandelt werden.

Allerdings behindert der langjährige Konflikt zwischen Russland und den westlichen OSZE-Staaten die Organisation bereits seit längerem. Ex-OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger erklärte

45 [http://www.friedensgutachten.de/user/pages/02.2022/02.ausgabe/01.Gutachten\\_Gesamt/FGA2022\\_Gesamt.pdf](http://www.friedensgutachten.de/user/pages/02.2022/02.ausgabe/01.Gutachten_Gesamt/FGA2022_Gesamt.pdf)

46 [http://friedensgutachten.de/user/pages/05.ueber-uns/Pressemitteilung\\_Friedensgutachten\\_2022.pdf](http://friedensgutachten.de/user/pages/05.ueber-uns/Pressemitteilung_Friedensgutachten_2022.pdf)

47 [https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/05/Stellungnahme-AG-Friedenslogik-PZKB\\_Friedenslogik-statt-Kriegslogik-1.pdf](https://pzkb.de/wp-content/uploads/2022/05/Stellungnahme-AG-Friedenslogik-PZKB_Friedenslogik-statt-Kriegslogik-1.pdf)

48 <https://www.osce.org/project-coordinator-in-ukraine>

am 13. Oktober 2022: „Die extreme Polarisierung zwischen den Schlüsselakteuren der europäischen Sicherheit beobachten wir in der OSZE schon seit mehr als einem Jahrzehnt: So sind die ganzen Rüstungskontrollsysteme, die Sicherheitsarchitektur, bei deren Aufbau die OSZE mitgeholfen hat, dabei zu zerfallen. Mit dem Angriff auf die Ukraine hat sich das nun noch verschärft. Im Moment ist die OSZE weitestgehend blockiert.“<sup>49</sup>

## Vermittlungsgespräche

Obwohl Telefonate keine Verhandlungen ersetzen, können sie den Weg dahin ebnen. Was die Friedensforschung betont, unterstrich auch der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin im Mai 2022: Es sei notwendig, die Kommunikationskanäle offenzuhalten. In einem Telefonat mit dem russischen Außenminister forderte er im Mai 2022 eine „sofortige Waffenruhe“. Auch Bundeskanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron hatten mehrfach mit Russlands Präsidenten Putin telefoniert. Dabei ging es um ein Ende der Kampfhandlungen und den Umgang mit Kriegsgefangenen.

Ebenso wie Telefonate können auch Vermittler eine große Rolle in der Konfliktlösung spielen. Nach Einschätzung des SPD-Fraktionschefs Rolf Mützenich könnte die chinesische Regierung im Ukrainekrieg dafür infrage kommen. Grundsätzlich kämen Staaten in Betracht, die für beide Seiten akzeptabel seien und sich beispielsweise bei der Verurteilung Russlands in der UN-Generalversammlung zurückgehalten hätten, so auch Indien oder Südafrika.

## Diplomatischer Druck für Waffenstillstandsgespräche

Wenn es zu einer militärischen Pattsituation kommen sollte, würde sich ein günstiges Zeitfenster für Verhandlungen öffnen, hieß es im Sommer aus Kreisen der Friedensforschung. Gemäß dem „Friedensgutachten 2022“ sollte „Russland mittels Sanktionen und militärischer Unterstützung der Ukraine zu einer diplomatischen Bearbeitung des Konflikts bewegt werden“. Bisher haben allerdings weder das Warten auf ein militärisches Patt noch Waffenlieferungen oder Sanktionen ein solches Zeitfenster eröffnen können. Somit stellt sich die Frage, ob und wie auf die Konfliktparteien diplomatischer Druck ausgeübt werden kann, sich zu Verhandlungen und zu Kompromissen bereit zu finden, auch wenn

diese von beiden Seiten aus der jeweils unterschiedlichen Perspektive als schmerzhaft empfunden werden.

Grundsätzlich ist vorstellbar, dass China oder Indien auf die russische Regierung einwirken; die EU und die USA sind gefragt, mit der Ukraine zu sprechen. In Betracht für Vermittlungsgespräche kommt zudem die Türkei, die das Getreideabkommen zwischen der Ukraine und Russland sowie den Vereinten Nationen im Juli 2022 erfolgreich verhandelt hat.<sup>50</sup>

## Vorschläge von Diplomat\*innen, außenpolitischen Expert\*innen, Militärs und Thinktanks

Viele Diplomat\*innen, außenpolitische Expert\*innen und hochrangige Militärs drängen die westliche Staatengemeinschaft auf Verhandlungslösungen hinzuwirken. Verlangt wird in diesem Zusammenhang auch die Waffenlieferungen zu beenden bzw. zu begrenzen, z. B. vom ehemaligen militärpolitischen Berater der Bundeskanzlerin Angela Merkel, General a. D. Erich Vad<sup>51</sup> der schon früh gefordert hat, den laufenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine vom Ende her zu denken. In einem Interview mit der Zeitschrift EMMA vom Januar 2023 kritisierte er die Lieferung schwerer deutscher Panzer als militärische Eskalation, mit der sich Deutschland auf eine Rutschbahn begeben, die eine Eigendynamik entwickeln könnte, die nicht mehr zu steuern sei. „Und ohne ein politisch strategisches Gesamtkonzept sind Waffenlieferungen Militarismus pur.“<sup>52</sup>

Ähnlich äußerte sich auch Ex-Generalinspekteur Harald Kujat: „Ich finde es erstaunlich, dass die westlichen Regierungen das alles so hinnehmen, ohne zu versuchen, diese Eskalationsschraube zu unterbrechen und zu verhindern, dass aus dieser Situation eine Katastrophe entsteht, so wie sie der amerikanische Präsident geschildert hat.“<sup>53</sup> Da die Kriegsparteien sich gegenwärtig in einer Pattsituation befinden, wäre nun der richtige Zeitpunkt, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.<sup>54</sup>

Der US-amerikanische Generalstabschef Mark Milley sagte im November 2022, Kiew habe so viel erreicht, wie zu erreichen sei

49 <https://www.diepresse.com/6202036/ex-osze-chef-zu-ukraine-konflikt-haette-nicht-im-krieg-enden-muessen>

50 [https://de.wikipedia.org/wiki/Initiative\\_f%C3%BCr\\_den\\_sicheren\\_Transport\\_von\\_Getreide\\_und\\_Lebensmitteln\\_aus\\_ukrainischen\\_H%C3%A4fen](https://de.wikipedia.org/wiki/Initiative_f%C3%BCr_den_sicheren_Transport_von_Getreide_und_Lebensmitteln_aus_ukrainischen_H%C3%A4fen)

51 Ukraine-Krieg: Ex-Merkel-Berater Vad warnt vor Lieferung von schweren Waffen – Potenziell „Weg in den 3. Weltkrieg“, Stern, 12.04.2022

52 Erich Vad: Was sind die Kriegsziele?, Emma, 12. 1.2023

53 <https://www.youtube.com/watch?v=quCj5vXlcQ0>

54 General a. D. Harald Kujat\*, Ukrainekonflikt: „Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen“, Zeitgeschehen im Fokus, 18.1.2023

„Was den Krieg in der Ukraine so außerordentlich gefährlich macht, ist die Tatsache, dass sich auch nach sieben Monaten Krieg alle Kriegsparteien einzig und allein darauf konzentrieren, diesen Krieg zu gewinnen, während sie keine Anstrengungen unternehmen, einen Frieden zu erreichen.“

und solle seine Erfolge am Verhandlungstisch festigen. Da ein militärischer Sieg nicht zu erwarten sei, sollte Washington diplomatische Bemühungen aufnehmen, um einen Verhandlungsfrieden zu erreichen. Alles andere würde unnötig Ressourcen und Menschenleben kosten. Milley verband seinen Aufruf mit einem Hinweis auf den Ersten Weltkrieg, wo die Weigerung der Kriegsparteien in Verhandlungen einzutreten, Millionen zusätzliche sinnlose Opfer forderte.<sup>55</sup>

Prof. Dr. Johannes Varwick warnt davor, die Eskalationsrisiken dieses Krieges zu unterschätzen und drängt darauf, den Konflikt zunächst einzufrieren. Immer mehr Waffen führten offenkundig nur dazu, dass Russland weiter eskaliere und dieser Krieg blutiger sowie länger wird. „Eine Einhegung dieses Krieges“ werde aber „nicht gelingen, wenn man Gerechtigkeit anstrebt, sondern es sollte um Kategorien wie Stabilität und Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Interessen und Ambitionen gehen“, so der ehemalige Generalinspekteur. Bei einem Kompromiss allerdings, so Johannes Varwick, müsste der Westen einen Status quo akzeptieren, der ihm nicht gefällt. Es werde „keine Seite Maximalforderungen durchsetzen können – auch wenn die Ukraine moralisch im Recht ist.“<sup>56</sup>

Angesichts der Eskalationsgefahr empfiehlt Jeffrey Sachs, Europa sollte beide Kriegsparteien an den Verhandlungstisch drängen und die USA und Großbritannien auffordern, einen Kompromiss statt eines fortgesetzten Krieges zu unterstützen.<sup>57</sup> Ähnlich äußerte sich Klaus von Dohnanyi in der Emma-Ausgabe von September/Oktober 2022: „Eine Verhandlungslösung sehe ich nur, wenn die USA von den Europäern als die wichtigste Kriegspartei verstanden werden.“ Als wichtigster Waffenlieferant der Ukraine müssten die USA die Ukrainer drängen, einem Waffenstillstand zuzustimmen, so auch Jack F. Matlock, ehemaliger US-Botschafter in Moskau.<sup>58</sup> Laut der Forschung zu Kriegsbeendigungen, basierend auf statistisch-empirischen Untersuchungen, spielen Waffenlieferungen für Kriegsbeendigungen erst dann eine positive Rolle, „wenn diese Form der Unterstützung eingestellt wird.“<sup>59</sup>

Auch der ehemalige UN-Diplomat der OSZE und der UN, Michael von der Schulenburg, der im Rang eines beigeordneten Generalsekretärs für die UNO in vielen Krisenherden im Einsatz war, fordert, dass es in der Ukraine darum gehen müsse, den Frieden zu gewinnen und nicht den Krieg: „Was den Krieg in der Ukraine so außerordentlich gefährlich macht, ist die Tatsache, dass sich auch nach sieben Monaten Krieg alle Kriegsparteien einzig und allein darauf konzentrieren, diesen Krieg zu gewinnen, während sie keine Anstrengungen unternehmen, einen Frieden zu erreichen. Trotz des drohenden Atomkriegs gibt es zwischen dem Westen und Russland keine diplomatischen Kanäle, um Missverständnissen vorzubeugen, eine weitere Eskalation zu vermeiden und die Voraussetzungen für eine diplomatische Lösung zu schaffen.“<sup>60</sup>

Als wichtigster Waffenlieferant der Ukraine müssten die USA die Ukrainer drängen, einem Waffenstillstand zuzustimmen, ist auch Jack F. Matlock, ehemaliger US-Botschafter in Moskau und Direktor für europäische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat der USA, überzeugt.<sup>61</sup> Um erfolgreich zu sein, müssten Verhandlungen jedoch direkt zwischen Washington und Moskau geführt werden. Anfang Februar 2023 riet zudem die einflussreiche US-Denkfabrik RAND Corporation zu Waffenstillstand und Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. In einer aktuellen Analyse kommt RAND zu dem Ergebnis, dass ein langer Krieg zwischen Russland und der Ukraine für die US-Interessen mehr Nachteile als Vorteile bringt. Die aktuelle Studie kritisiert, dass sich die politische Debatte in Washington „zu eng auf eine Dimension des Kriegsverlaufs konzentriert“. Die Autoren Samuel Charap und Miranda Priebe kommen zu dem Schluss, „dass neben der Abwendung einer möglichen Eskalation hin zu einem Russland-NATO-Krieg oder einem russischen Nukleareinsatz auch die Vermeidung eines langen Krieges eine höhere Priorität für die Vereinigten Staaten haben“ als die Rückgewinnung der territorialen Kontrolle durch die Ukraine.<sup>62</sup>

55 „Top U.S. General Urges Diplomacy in Ukraine While Biden Advisers Resist Gen. Mark A. Milley, the chairman of the Joint Chiefs of Staff, has made the case that the Ukrainians should try to cement their gains at the bargaining table“, New York Times, 10.11.2022 und „U.S. scrambles to reassure Ukraine after Milley comments on negotiations“, Politico 14.11.2022

56 „Der Ukraine-Krieg muss eingefroren werden“, der Freitag, 22.07.2022

57 <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/nord-stream-pipelines-wohl-deswegen-zerstoert-jeffrey-sachs-hat-neue-theorien-zu-den-lecks-li.273634>

58 <https://responsiblestatecraft.org/2022/10/17/on-ukraine-the-us-is-on-the-hook-to-find-a-way-out/>

59 <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/die-ukraine-wird-gewinnen/>

60 <https://michael-von-der-schulenburg.com/in-der-ukraine-muss-es-darum-gehenden-frieden-und-nicht-den-krieg-zu-gewinnen/> Michael von der Schulenburg, Wall Street International Magazine, 10.9.2022

61 Jack F. Matlock, „Why the US must press for a ceasefire in Ukraine“, Institute for Responsible Statecraft, 17.10. 2022

62 <https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/militaer-analyse-ukraine-geopolitik-us-denkfabrik-rand-corporation-diesen-krieg-kann-keiner-gewinnen-kehrt-jetzt-vernunft-ein-li.313682>

### III Bewegung in der Zivilbevölkerung

#### Steigende Zustimmung für Friedenslösung unter Europäer\*innen

Der European Council on Foreign Relations (ECFR) veröffentlichte am 15. Juni 2022 eine Studie, die die Haltung der Menschen aus zehn europäischen Ländern hinsichtlich eines möglichen Kriegsausgangs untersucht hat.<sup>63</sup> Die Untersuchung zeigt, dass die Europäer\*innen zwar große Solidarität mit der Ukraine empfinden und Sanktionen gegen Russland befürworten, aber hinsichtlich der langfristigen Ziele gespalten sind.

35 Prozent der Befragten gehörten demnach dem „Friedenslager“ an. Sie möchten den Krieg so schnell wie möglich beendet sehen, auch wenn das Zugeständnisse von der Ukraine bedeuten würde. Das „Gerechtigkeitslager“ mit 25 Prozent der Menschen hingegen verlange, dass Russland bestraft werden müsse. Ein weiteres Fünftel (20 Prozent) lehne es ab, sich zwischen Frieden und Gerechtigkeit zu entscheiden, unterstütze aber dennoch weitgehend die Maßnahmen der EU als Reaktion auf den Krieg Russlands in der Ukraine. Die Mitglieder dieser „Swing-Gruppe“ teilten die antirussischen Gefühle des Gerechtigkeitslagers, befürchteten aber auch eine Eskalation – wie das „Friedenslager“.

Mit Ausnahme von Polen ist das „Friedenslager“ in allen Ländern größer als das „Gerechtigkeitslager“. Die europäischen Bürger\*innen seien besorgt über die Kosten der Wirtschaftssanktionen und die Gefahr einer nuklearen Eskalation. Nur in Polen, Deutschland, Schweden und Finnland finde die Erhöhung der Militärausgaben breite öffentliche Unterstützung.

In Deutschland gibt es laut einer Umfrage des RTL/ntv-Trendbarometers seit Mai 2022 eine sinkende Zustimmung zu Waffenlieferungen an die Ukraine.<sup>64</sup> Dieser Trend setzt sich fort: Laut einer Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag von RTL Deutschland vom 26. und 29. August 2022<sup>65</sup> ist eine große Mehrheit von 77 Prozent der deutschen Bevölkerung der Meinung, dass der Westen in der jetzigen Phase konkrete Bemühungen unternehmen solle, um Verhandlungen über

eine Beendigung des Ukrainekrieges einzuleiten. Laut dem ARD-„Deutschlandtrend“ vom 3. November 2022 sagten 55 Prozent der Befragten, die diplomatischen Bemühungen der Bundesregierung gingen nicht weit genug.<sup>66</sup>

Eine weitere Umfrage der Körberstiftung kommt zu dem Schluss, dass sich eine Mehrheit der Bundesbürger\*innen von 52 Prozent weiterhin mehr internationale Zurückhaltung von Deutschland wünscht. 41 Prozent der Befragten befürworteten hingegen ein stärkeres Engagement Deutschlands – dieses Engagement sollte jedoch bevorzugt diplomatisch (65 Prozent) statt militärisch (14 Prozent) oder finanziell (13 Prozent) sein. Damit habe sich die Einstellung der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr (2021: 50 Prozent für Zurückhaltung) kaum verändert – ungeachtet des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine und der von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>67</sup> In einer repräsentativen Umfrage des ARD Deutschlandtrend, durchgeführt am 30. Januar 2023 und 1. Februar 2023, sagen 35 Prozent der Befragten in Deutschland, die Unterstützung der Ukraine mit Waffen gehe zu weit. 58 Prozent finden, es gebe zu wenig diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges.<sup>68</sup>

#### Proteste in Deutschland, Italien und Spanien

Am 27. Februar 2022 haben Hunderttausende in Berlin unter dem Motto „Stoppt den Krieg! Frieden für die Ukraine und ganz Europa“ demonstriert.<sup>69</sup> Am 13. März fanden in mehreren Städten, darunter in Berlin, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg und Leipzig Demonstrationen statt bei denen unter den Organisator\*innen Uneinigkeit im Hinblick auf die Forderung nach militärischer Unterstützung herrschte. Nach Angaben der Organisatoren – einem Bündnis aus Friedens-, Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen sowie Gewerkschaften und Kirchen – waren es bundesweit 125.000 Demonstrant\*innen.<sup>70</sup> Am 2. Juli 2022 protestierten Tausende Menschen in Berlin gegen das 100-Milliarden-Aufrüstungspaket für die Bundeswehr. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis hatte unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Kriege! 100 Milliarden für eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende statt für Aufrüstung“ zu der Demonstration

63 <https://ecfr.eu/publication/peace-versus-justice-the-coming-european-split-over-the-war-in-ukraine/>

64 <https://www.rnd.de/politik/umfrage-zu-krieg-in-ukraine-das-denken-die-deutschen-ueber-waffenlieferungen-und-deutschlands-ZGCEd4DYHONWSLRH2YA76T3TQU.html>

65 <https://www.n-tv.de/politik/77-der-Deutschen-wollen-dass-der-Westen-Verhandlungen-zum-Kriegsende-anstoest-article23556418.html>

66 <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/dtrend-nov-2022-101.pdf>

67 <https://koerber-stiftung.de/projekte/the-berlin-pulse/2022-23/>

68 <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-pdf-109.pdf>

69 <https://www.rbb24.de/politik/thema/Ukraine/beitraege/grossdemonstration-strasse-des-17-juni-berlin-russland-invasion-putin.html>

70 <https://www.rnd.de/politik/putins-krieg-mega-demos-in-deutschland-fuer-frieden-mit-putin-pappmache-figur-DLH4B7RVV3FYET2BWIQD5UEMWE.html>



aufgerufen.<sup>71</sup> Am 1. Oktober 2022 folgten Tausende Menschen dem Aufruf der „Kooperation für den Frieden“ und des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ zu einem bundesweiten Aktionstag. Trotz Regen fanden deutschlandweit rund 30 Protestveranstaltungen gegen Krieg – insbesondere gegen den Krieg in der Ukraine – und für eine Umwidmung der neuen Staatsverschuldungen zugunsten einer sozialen, gerechten und ökologischen Friedenspolitik statt.<sup>72</sup> Am Tag der Deutschen Einheit, dem 3. Oktober 2022, protestierten mehr als 100.000 Menschen vor allem in Ostdeutschland gegen die Energiekrise als Folge des Ukrainekrieges.<sup>73</sup> Nationalistische und rechtsextreme Parteien und Strömungen nutzten die berechtigten Sorgen der Bevölkerung, um Stimmung gegen die Regierung zu machen und für ihre eigene Agenda zu werben.

Am 29. Juni 2022 forderten die Unterstützer\*innen des Appells „Waffenstillstand jetzt“ – darunter General a. D. Erich Vad, Jeffrey Sachs und Prof. Dr. Johannes Varwick – die westliche Staatengemeinschaft auf, den Ukrainekrieg durch Verhandlungen zu beenden.<sup>74</sup>

In Italien gab es aufgrund des Ukrainekrieges innenpolitische Spannungen und öffentliche Proteste. Hafentarbeiter in Italien weigerten sich, Waffen, Munition und Sprengstoff für die Ukraine zu verschiffen. Die Partei „Fünf Sterne“ wollte eine Resolution verabschieden, in der gefordert wurde, keine weiteren Waffen aus Italien an die Ukraine zu liefern. In der Resolution hieß es, Russland führe einen Zermübungskrieg, der militärisch nicht zu gewinnen sei. Es müsse eine diplomatische Lösung gefunden werden. Italiens Außenminister Luigi Di Maio ist in Folge des Streits aus der Fünf-Sterne-Bewegung ausgetreten.<sup>75</sup> Mitte Oktober 2022 gab es dezentrale Aktionen in über 100 italienischen Städten für einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine. Am 5. November 2022 haben in Rom 100.000 Menschen einen sofortigen Waffenstillstand und den Beginn internationaler Friedensverhandlungen für die Ukraine gefordert. Der Aufruf der Plattform „Europe for Peace“ wurde von 600 Organisationen unterstützt. Darin werden ein Verbot aller Atomwaffen, Waffenstillstand jetzt und Verhandlungen für den Frieden verlangt. Die UN solle eine internationale Friedenskonferenz einberufen.<sup>76</sup>

Auch in Spanien gab es im Vorfeld des NATO-Gipfels Proteste gegen die spanischen Militärausgaben, die wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine erhöht werden sollen.<sup>77</sup>

Ein internationaler Appell für einen weihnachtlichen Frieden in der Ukraine wurde am 19. Dezember 2022 offiziell an den UN-Generalsekretär António Guterres gesandt. 72 Friedens- und friedensbezogenen Organisationen auf der ganzen Welt unterstützten den Appell.<sup>78</sup>

Auf europäischer Ebene gibt es eine neue Initiative, die sich für Frieden in der Ukraine einsetzt. In dem Bündnis „Europe4Peace“ sind Gruppen und Organisationen u. a. aus Italien, Spanien, Frankreich, Belgien, Großbritannien und Österreich aktiv.<sup>79</sup>

## Deserteure in der Ukraine, Belarus und Russland

Zahlreiche russische Soldaten sollen dem ukrainischen Geheimdienst zufolge den Dienst verweigert haben. Auch Kriegsgegner und -gegnerinnen sowohl in Russland als auch in der Ukraine berichten, dass viele Berufssoldaten und Wehrpflichtige in Russland sich weigerten, zu kämpfen.<sup>80</sup>

Mehr als 150.000 russische Männer sind nach der Teilmobilisierung aus Russland geflüchtet, die meisten von ihnen in die Türkei, nach Georgien oder Kasachstan.<sup>81</sup> Auch schätzungsweise 20.000 belarussische Wehrpflichtige haben bis Dezember 2022 ihr Land verlassen, weil sie sich nicht an einer möglichen Beteiligung am Krieg in der Ukraine beteiligen wollen. Sie alle müssen wegen ihrer Haltung gegen den Krieg eine mehrjährige Verfolgung befürchten. In Belarus gibt es kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. In Russland wird es Reservisten und Soldaten verwehrt und damit denjenigen, die der Teilmobilisierung unterlagen.<sup>82</sup> In mehreren Fällen wurden in Russland inzwischen Männer auf Grundlage von Gesetzen über Desertion und unerlaubter Entfernung während der Mobilisierung und der Kampfeinsätze zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.<sup>83</sup> Auch in Belarus sitzen Männer im Gefängnis, weil sie sich weigerten, in die Armee einzutreten. Mehr

71 <https://zivilezeitenwende.de/>

72 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1167386.heisser-herbst-diplomatisches-ringen.html>

73 <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-10/tag-der-deutschen-einheit-demonstrationen-ostdeutschland>

74 <https://www.zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand>

75 <https://www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/italien-fuenf-sterne-bewegung-zerfaellt-li.239182>

76 <https://sbilanciamoci.info/nationale-friedens-demonstration-in-rom-am-5-november/>

77 <https://www.berliner-zeitung.de/news/tausende-auf-der-strasse-nato-gegner-demonstrieren-vor-gipfel-in-madrid-li.240569>

78 <https://www.christmasappeal.ipb.org/>

79 <https://sbilanciamoci.info/europe-for-peace>

80 <https://www.merkur.de/politik/ukraine-krieg-news-russland-armee-putin-offizier-verweigerung-bericht-cnn-truppen-kampf-91566673.html>

81 <https://www.zdf.de/politik/frontal/russland-teilmobilisierung-flucht-nach-deutschland-deserteure-kriegsverweigerer--ukraine-krieg-asyli-100.html>

82 <https://de.connection-ev.org/article-3683>

83 <https://www.ksta.de/panorama/ukraine-krieg-russischer-soldat-verweigert-dienst-fuenf-jahre-haft-390638>, <https://de.connection-ev.org/article-3723>

als 140.000 Männer haben sich der Kriegsbeteiligung in der Ukraine entzogen und sind ins Ausland geflohen. In der Ukraine ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung eingeschränkt und nicht garantiert. Seit Beginn des Krieges wurde es ganz ausgesetzt und die Grenze für Männer zwischen 18 und 60 Jahren geschlossen.<sup>84</sup> Im Mai und Juni 2022 wurden dort zwei Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Haftstrafen auf Bewährung verurteilt.<sup>85</sup> Etwa 3.000 Männer aus der Ukraine haben allein in Moldawien Asyl beantragt. Kyril Molchanov von der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung beklagt Repressionen gegenüber Kriegsdienstverweigerern, die sich kriegskritisch äußern. Ukrainische Kriegsdienstverweigerer suchten nach Möglichkeiten, das Land zu verlassen und Zuflucht zu finden.<sup>86</sup>

Im März 2022 hat ein zivilgesellschaftliches Bündnis in einem Appell an den Deutschen Bundestag gefordert, sowohl russischen und belarusischen als auch ukrainischen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren Schutz und Asyl zu gewähren.<sup>87</sup> Kriegsverweigerung und Desertation allein sind in Deutschland kein Grund für Asyl. Im Mai 2022 hat Deutschland zugesagt, dass Deserteure und Kriegsdienstverweigerer sowie Oppositionelle aus Russland geschützt werden sollen. Doch wer sich vorsorglich diesem Krieg entzieht, steht bisher vor geschlossenen EU-Grenzen. Die ersten Bescheide des Bundesamtes für Migration belegen dies.

Connection e.V. setzt sich für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein. Kriegsdienstverweigerung und Militärdienstentziehung müssen als oppositionelle politische Handlungen gewertet werden. Kriegsdienstverweigerung sei ein Menschenrecht, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Urteil vom 7. Juli 2011 feststellte. Im Rahmen der europaweiten Kampagne #Object War Campaign richteten im Juni 2022 60 Organisationen aus 20 Ländern einen Appell an das Europäische Parlament, mit dem sie ausführlich darlegten, warum ein Schutz und Unterstützung für Deserteur\*innen und Verweiger\*innen auf allen Seiten des Ukrainekrieges notwendig und richtig ist.

## Proteste der Zivilgesellschaft in Russland

Der Widerstand der Zivilgesellschaft in Russland wird repressiv unterdrückt. Am Tag des Beginns des Ukrainekrieges wurden mehr als 1.700 Demonstranten in 53 Städten in ganz Russland

von der Polizei festgenommen. Am 2. März protestierten Menschen in mehr als 25 russischen Städten. Am 4. März verabschiedete die russische Regierung ein Zensurgesetz, wonach Proteste gegen den Krieg mit Strafen von bis zu 15 Jahren Gefängnis geahndet werden. Am Wochenende des 19. und 20. März demonstrierten erneut Menschen in zahlreichen Städten Russlands gegen den Krieg. Gegen die Teilmobilmachung im Rahmen des Ukrainekrieges gingen im September in Russland wieder Tausende Menschen auf die Straße. Bei den Demonstrationen wurden mehr als 1.300 Menschen festgenommen. In Moskau riefen die Menschen „Nein zum Krieg!“ oder forderten ein „Russland ohne Putin“.<sup>88</sup> Laut dem OVD-Info, einem unabhängigen Menschenrechtsmedienprojekt, gab es knapp 20.000 Festnahmen bei Protesten gegen Krieg und Mobilmachung seit dem 24. Februar 2022.<sup>89</sup>

Den Antikriegsauftrag des russischen Bürgerrechtlers Lew Ponomarjow unterzeichneten bis zum 28. Februar 2022 über eine Million Menschen. Lew Ponomarjow wurde ohne Angabe von Gründen am 28. Februar festgenommen. Russische Wissenschaftler\*innen haben am 24. Februar 2022 in einem offenen Brief gegen die Invasion Russlands in der Ukraine protestiert.<sup>90</sup> Der offene Brief wurde bis zum 7. März 2022 von über 7.750 Personen, darunter zahlreiche Mitglieder der Russischen Akademie der Wissenschaften, mit Angabe des Namens und der wissenschaftlichen Institution unterschrieben.

Die russische und die ukrainische Sektion der IPPNW veröffentlichten am 17. März 2022 eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich gegen den Krieg in der Ukraine aussprachen und vor einer weiteren Eskalation bis hin zum Atomkrieg warnten.<sup>91</sup> Die Erklärung vereint die Mediziner\*innen über die Kriegsgrenzen hinweg und baut auf dem Grundsatz der ärztlichen Pflicht auf, Menschen gleichberechtigt und ohne Vorurteile zu helfen. Beide Sektionen betonten die tiefe Verbindung zwischen Russland und Ukraine: familiär, kulturell und ökonomisch. Darüber hinaus hatten sich Anfang März 2022 mehr als 17.000 russische Ärzt\*innen und Gesundheitsfachkräfte für ein Ende der Kampfhandlungen ausgesprochen.<sup>92, 93</sup>

84 <https://www.proasyl.de/hintergrund/kriegsdienstverweigerung-und-desertion-belarus-russische-foederation-und-ukraine/> <https://de.connection-ev.org/article-2547>

85 <https://de.connection-ev.org/article-3594>

86 <https://www.ippnw.de/frieden/konflikte-kriege/ukraine/artikel/de/schutz-fuer-deserteure-aus-der-ukrain.html>

87 <https://www.ippnw.de/frieden/konflikte-kriege/ukraine/artikel/de/breites-buendnis-fordert-schutz-und-a.html>

88 <https://www.fr.de/politik/ukraine-krieg-tausende-protestieren-russland-putin-teilmobilmachung-festnahmen-91804159.html>

89 <https://ovdinfo.org/>

90 <https://t-invariant.org/2022/02/we-are-against-war/>

91 <https://www.ippnw.org/wp-content/uploads/2022/03/Joint-Russia-Ukraine-Statement-16-March-2022.docx.pdf>

92 <https://madmed.media/open-letter/>

93 Kurz darauf stimmten beide Kammern des russischen Parlaments für ein Gesetz, nach dem Russ\*innen für die Verbreitung „kritischer Informationen über den Krieg in der Ukraine“ bis zu 15 Jahre Haft drohen.

Eine Gruppe kommunaler Abgeordneter von St. Petersburg beschloss am 7. September 2022 einen Appell einzureichen. Die sieben Politiker fordern, Putin solle wegen Hochverrats angeklagt und des Amtes enthoben werden.<sup>94</sup> Eine Petition für den Rücktritt von Präsident Putin wurde bisher von mehr als 40 Lokalpolitiker\*innen aus insgesamt 18 Bezirken St. Petersburgs sowie der Hauptstadt Moskau unterzeichnet.<sup>95</sup>

Bei Protesten gegen die Teilmobilisierung im November 2022 ging die russische Polizei teils brutal gegen Teilnehmer\*innen vor. Das Menschenrechtsportal ovd.info berichtete, insgesamt seien landesweit mindestens 710 Protestierende in 32 Städten festgenommen worden. Fast die Hälfte der Festnahmen habe es in Moskau gegeben.<sup>96</sup>

## Ziviler Widerstand

Soziale Verteidigung ist ein nicht-militärisches Verteidigungskonzept. Es beruht laut Ulrich Stadtmann vom Bund für soziale Verteidigung auf zivilem Widerstand, dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration und internationaler nicht-militärischer Unterstützung.<sup>97</sup> Immer wieder gab es Berichte über zivilen Widerstand im Ukrainekrieg wie z. B. in Cherson. Ein Jahr nach der Annexion der Krim und dem Beginn des Krieges in den Separatistengebieten führte das Internationale Soziologische Institut in Kiew eine repräsentative Umfrage unter Ukrainer\*innen durch zu der Frage, wie die Menschen handeln wollen, wenn es zu einem Angriff auf ihre Stadt und zu deren Besetzung käme. Ein Drittel wusste keine Antwort, 15 Prozent wollten fliehen, 25 Prozent wollten sich militärisch wehren und mehr als 25 Prozent sprachen sich für zivilen Widerstand aus.<sup>98</sup>

Der Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech weist zudem auf das Konzept der „unverteidigten Städte“ hin. Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 ist es untersagt, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude, mit welchen Mitteln es auch sei, anzugreifen oder zu beschließen. Im zweiten Weltkrieg sei dieser Ausweg von zahlreichen Städten aus Angst vor der brutalen Kriegsführung der Nazis gewählt worden: Rotterdam 1940, Paris, Brüssel, Belgrad 1941, Rom 1943, Orvieto, Florenz, Athen 1944.<sup>99</sup>

94 <https://www.tagesschau.de/ausland/joferew-putin-kommunalpolitik-kritik-101.html>

95 [https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id\\_100051936/russland-kritik-an-wladimir-putin-alles-ist-schiefgelaufen-.html](https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100051936/russland-kritik-an-wladimir-putin-alles-ist-schiefgelaufen-.html)

96 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/teilmobilmachung-russland-proteste-festnahmen-101.html>

97 <https://wissenschaft-und-frieden.de/artikel/nicht-ankennen-nicht-kooperieren/>

98 [https://www.nonviolent-conflict.org/blog\\_post/ukrainians-vs-putin-potential-for-nonviolent-civilian-based-defense/](https://www.nonviolent-conflict.org/blog_post/ukrainians-vs-putin-potential-for-nonviolent-civilian-based-defense/)

99 <https://www.heise.de/tp/features/So-koennen-wir-die-Staedte-der-Ukraine-vor-dem-Krieg-bewahren-6544805.html>

2011 veröffentlichten die US-Politologinnen Erica Chenoweth und Maria J. Stephan eine Studie „Warum ziviler Widerstand funktioniert“<sup>100</sup>. Sie hatten insgesamt 323 Konflikte im Zeitraum 1900 bis 2005 weltweit untersucht und kamen zu dem Ergebnis, dass gewaltfreie Aufstände fast doppelt so oft erfolgreich waren wie gewaltsame Aufstände. Die Wahrscheinlichkeit einer Demokratie fünf Jahre nach dem Konflikt war zehnmal höher bei gewaltfreiem Vorgehen. Unter den untersuchten Konflikten waren auch zahlreiche Territorialstreitigkeiten und militärische Auseinandersetzungen.

Die globale Studie „Wie Frieden gewonnen wird – von zivilem Widerstand zu dauerhafter Demokratie“ weist zivilen Widerstand als Schlüsselfaktor bei 50 von 67 Transformationen autoritärer Staaten zwischen 1972 und 2005 nach. Gewaltfrei erreichte Übergänge führen zu einem größeren Maß an politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten.<sup>101</sup>

## IV Forderungen der IPPNW

### Hamburger Erklärung

Die Friedensnobelpreisträgerin IPPNW fordert in der am 30. April 2022 verabschiedeten Hamburger Erklärung<sup>102</sup> einen sofortigen Waffenstillstand. Die Ärzteorganisation spricht sich darüber hinaus für langfristige Verhandlungen über einen Friedensprozess aus, der die Sicherheitsbedürfnisse aller beteiligten Staaten einschließlich Russlands auf der Basis eines gemeinsamen Sicherheitskonzeptes berücksichtigt.

Um Verhandlungen und Diplomatie voranzubringen, schlägt die IPPNW den Einsatz von Mediator\*innen, z. B. durch den UN-Generalsekretär, durch blockfreie Staaten oder den Papst vor. Papst Franziskus hat sich wiederholt bereit erklärt, in Moskau für einen Frieden in der Ukraine zu werben.

### Verhinderung eines Atomkrieges

Atomare Abschreckung ist kein Mittel der Kriegsverhütung, sondern birgt die Gefahr einer globalen Katastrophe. Die IPPNW fordert daher als ersten Schritt von Russland und den USA einen Verzicht auf den Einsatz von Atomwaffen. Über eine Million Men-

100 <http://cup.columbia.edu/book/why-civil-resistance-works/9780231156820>

101 <https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/198211>

102 [https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Resolution\\_Im\\_Sturm\\_den\\_Friedenskurs\\_halten.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Resolution_Im_Sturm_den_Friedenskurs_halten.pdf)

schen unterstützten diese Forderung bereits mit einer Petition.<sup>103</sup> Beide Länder müssen die ca. 2.000 Atomwaffen aus der erhöhten Alarmbereitschaft nehmen. Diese Maßnahme würde die Gefahr eines Einsatzes von Atomwaffen reduzieren.

Sowohl Russland als auch die NATO rüsten derzeit nuklear auf: Russland plant nach Angaben von Präsident Wladimir Putin „in den kommenden Monaten“ atomwaffenfähige Raketen an Belarus zu liefern.<sup>104</sup> Gleichzeitig werden in Deutschland die in Büchel stationierten US-Atomwaffen modernisiert und durch B61-12 Bomben ersetzt. Diese sind lenkfähig und mit flexibler Sprengkraft einsetzbar. Damit sinkt die Hemmschwelle zum Einsatz. Eine enorme Gefahr, die Deutschland nicht unterstützen dürfte.

Stattdessen müsste Deutschland auf die Stationierung der modernisierten US-Atomwaffen komplett verzichten. Ein weiterer Schritt könnte ein genereller Verzicht auf die Stationierung von US-Atomwaffen auf dem Territorium der NATO-Länder sein. Mit Blick auf den Ukrainekrieg und die erhöhte Atomkriegsgefahr könnten Länder wie Deutschland, Belgien, Italien, die Niederlande und die Türkei erklären, auf die nukleare Teilhabe zu verzichten und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Im Gegenzug müsste mit Russland darüber verhandelt werden, die Atomwaffendepots in Kaliningrad zurückzubauen und auf eine Stationierung von Atomwaffen in Belarus zu verzichten.<sup>105</sup>

Die IPPNW fordert zudem ein Verbot von Militärangriffen auf Atomkraftwerke. Grundsätzlich fallen Atomkraftwerke nach der Genfer Konvention (Art. 56, Abs.1, S1 des 1. Zusatzprotokolls) unter den besonderen Schutz „gefährlicher Anlagen“ wie z.B. Staudämme, vor deren Zerstörung die Zivilbevölkerung geschützt werden muss. Da Atomanlagen immer auch „Dual Use-Objekte“ sind, die sowohl der zivilen als auch der militärischen Nutzung dienen, konnten sich die Vertragsparteien der Genfer Konvention in den 70-er Jahren nicht darauf einigen, Atomkraftwerke grundsätzlich aus Kriegshandlungen herauszunehmen. Daher gibt es im Völkerrecht bisher keine klaren Regeln über Abstands- und Sicherheitszonen um Atomkraftwerke. Die IPPNW mahnt die internationale Gemeinschaft anlässlich des Ukrainekrieges, diese Lücke im Völkerrecht zu schließen. Dringend notwendig ist, dass sich die russischen Truppen um die Atomanlagen zurückziehen und diese zum Schutz der Zivilbevölkerung zu vollständig entmilitarisierten Zonen von beiden Kriegsparteien werden. Nach

wochenlangen internationalen Bemühungen konnten die Inspektoren der IAEA endlich Anfang September 2022 das AKW Saporischschja inspizieren.

In ihrem Bericht vom 6. September 2022 forderte die internationale Atomenergiekommission IAEA die sofortige Einstellung des Beschusses und die Einrichtung einer „Schutzzone“ rund um das Atomkraftwerk. Der Chef der IAEA, Rafael Grossi, bezeichnet die Lage vor Ort als „unhaltbar“, sie stelle „eine dauernde Bedrohung der Sicherheit dar, denn Schutzfunktionen (insbesondere zur Eindämmung der Radioaktivität und zur Kühlung) könnten beeinträchtigt werden“.<sup>106</sup> Die Inspektoren stellten erhebliche Schäden fest: Im Dach eines Gebäudes, in dem neue Brennstäbe und radioaktive Abfälle gelagert werden, klaffte ein Loch. Besorgt äußerten sie sich auch über die Arbeitsbedingungen des ukrainischen Personals, das Schikanen der russischen Armee ausgesetzt sei. Die Forderung nach Schaffung einer demilitarisierten Zone um das AKW scheiterte bisher am Widerstand beider Kriegsparteien.

## Friedenslogik statt Kriegslogik

Die IPPNW kritisiert das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm für die Bundeswehr scharf. Zur Beendigung des Ukrainekrieges wird die geplante Aufrüstung nicht beitragen. Im Gegenteil: Mit der nuklearen Aufrüstung durch die Stationierung der neuen B61-12 Atomwaffen in Europa sowie dem Kauf der F35-Kampffjets kann der Konflikt eskalieren.

Neben der Aufrüstung sieht die IPPNW auch die Waffenlieferungen in die Ukraine kritisch. Den Willen von Teilen der ukrainischen Bevölkerung, sich mit Waffen zu verteidigen, stellt sie damit nicht infrage. Die IPPNW weist darauf hin, dass jede Waffenlieferung eine Verschärfung der Lage und die Verlängerung des Krieges bedeutet. Gleichzeitig verstärken Waffen den Stellvertreterkriegscharakter. Waffenlieferungen erhöhen die Zahl der menschlichen Opfer und die Zerstörung der Infrastruktur. Sie dienen nicht nur der Verteidigung, sondern „wandern“ weiter und erschweren zivile Maßnahmen der Verteidigung. Durch die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine droht Deutschland in den Sog des Krieges hineingezogen zu werden. Bei einer weiteren Eskalation des Krieges besteht die Gefahr eines möglichen Einsatzes von Atomwaffen.<sup>107</sup>

<sup>103</sup> Avaaz Petition „No Nuclear War over Ukraine“ [https://secure.avaaz.org/community\\_petitions/en/nato\\_and\\_the\\_russian\\_federation\\_no\\_nuclear\\_war\\_over\\_ukraine/](https://secure.avaaz.org/community_petitions/en/nato_and_the_russian_federation_no_nuclear_war_over_ukraine/)

<sup>104</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/belarus-iskander-atomwaffen--russland-nato-100.html>

<sup>105</sup> <https://fas.org/blogs/security/2018/06/kaliningrad>

<sup>106</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-iaea-bericht-saporischschja-101.html>

<sup>107</sup> Die IPPNW klärt in dem Faltblatt „Risiken und Nebenwirkungen von Waffenlieferungen“ über die langfristigen Folgen von Waffenlieferungen auf: [https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Infoblatt\\_Waffenlieferungen.pdf](https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Infoblatt_Waffenlieferungen.pdf)

## Feindbildabbau

Das Schaffen von Feindbildern ist ein üblicher Mechanismus der Kriegspropaganda. Dabei geht darum, andere zu entmenslichen und als Persönlichkeiten zu negieren. So wurde der russische Präsident Wladimir Putin bereits mit Hitler gleichgesetzt. „Diese beklemmende Logik finden wir bei allen politischen Verfolgungen, bei der Ausgrenzung ethnischer oder religiöser Gruppen, aber auch bei internationalen Schuldzuweisungen (wie den Russen oder der Achse des Bösen).“<sup>108</sup>

Die IPPNW fordert, sich dem Aufbau von Feindbildern entgegenzustellen. Wichtig sei es, den zivilgesellschaftlichen und kulturellen Austausch mit Russland aufrechtzuerhalten. Städtepartnerschaften mit Russland sollten erhalten bleiben. Sanktionen auf kultureller, sportlicher und wissenschaftlicher Ebene lehnt die IPPNW ab. Ebenso fordert sie den Verzicht auf eskalierende Reaktionen und eine demütigende Rhetorik.

## Fazit

„Friedensfähig ist nur, wer über die Kriegslogiken hinaus denkt und diplomatische Optionen entwickelt, Gewaltkonflikte zumindest einzufrieren, um sie mittel- bis langfristig zu lösen“, heißt es in den Schlussfolgerungen des Friedensgutachtens 2022.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine haben wir zunächst einen Bewaffnungsreflex aller direkt und indirekt beteiligten Staaten mit dem Schwerpunkt Europa erlebt, einem Denk- und Handlungsmuster der Kriegslogik folgend. Mit dem „Mythos der erlösenden Gewalt“ wird auf die Angst- und Verunsicherungsgefühle der Bevölkerung reagiert. Gegenseitiges Feindbilddenken sowie Entmenschlichung des Gegners nehmen zunehmend auch in den Zivilgesellschaften einen großen Raum ein. Inzwischen befinden wir uns schon lange in einer Eskalationsspirale, deren Ende nicht absehbar ist. Mit jedem Tag nimmt die Unversöhnlichkeit zu, die Fronten verhärten sich mehr und mehr.

Als Ärzt\*innen setzen wir von der IPPNW uns für ein Ende der Gewalt und für Schadensminimierung ein. Im Sinne von Friedenslogik müssen schon während des Ukrainekrieges Vorbereitungen getroffen werden für die Zeit des Waffenstillstandes und die Zeit nach dem Kriegsende. In diesem Sinne fordern wir verstärkte internationale diplomatische Bemühungen gemäß der UN-Resolution der Generalversammlung vom Oktober 2022. Verhandlungen zur Beendigung des Krieges sind angesichts der derzeitigen

bedrohlichen Situation die einzig zielführende Maßnahme, die wie etwa bei dem von der UN und der Türkei vermittelten Getreideabkommen, dem Gefangenenaustausch oder der Mission der Internationalen Atomenergiebehörde in der Ukraine immer noch Wirkung zeigen.

Bisher haben weder das Warten auf ein militärisches Patt noch Waffenlieferungen oder Sanktionen ein Zeitfenster für Waffenstillstandsgespräche eröffnen können. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, und insbesondere die mit den Konfliktparteien verbündeten Nationen sind in der Pflicht, auf die Krieg führenden Parteien Einfluss zu nehmen und auf einen Waffenstillstand zu drängen.

Dies ist die vierte Version unseres Papiers „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“ nach der ersten Version vom 27. Juli 2022, einer Aktualisierung vom 31. August 2022 sowie einer weiteren von November 2022. Im Verlauf der Zeit sind weitere Vorschläge entstanden, und die Dynamik des Krieges mit seiner Eskalation rückt neue Gesichtspunkte in den Fokus.

<sup>108</sup> „Feindbilder und Kriegslogik – ein Beitrag zur psychosozialen Dimension“, IPPNW-Forum 2/2022







**Download dieses Papiers:  
[ippnw.de/bit/waffenstillstand](http://ippnw.de/bit/waffenstillstand)**

////////////////////////////////////IMPRESSUM////////////////////////////////////



**Bestellmöglichkeit in der IPPNW-Geschäftsstelle:**

IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkrieges,  
Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung e.V. · Körtestraße 10 · 10967 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 698 074-0 · Fax: +49 (0)30 683 8166 · [ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de) · [www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

© IPPNW e.V., Juli 2022 – aktualisiert am 19. Februar 2023

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit Genehmigung möglich.

V.i.S.d.P.: Dr. Angelika Claußen

**Spendenkonto:**

IPPNW e.V. · GLS Bank · IBAN: DE 23 4306 0967 1159 3251 01 · BIC: GENODEM1GLS